

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU**Gewalt an Schulen – Prävention und Intervention gezielt verstärken**

Die vorliegenden Ergebnisse der Bremer Schüler/-innenbefragung zum Thema „Gewalterfahrungen und extremistische Deutungsmuster“ machen einen dringenden Handlungsbedarf deutlich.

Gewalt findet in bedrückendem Maße auch an Schulen statt. Gewalt ist ein Symptom für fehlende soziale Kompetenz. Schule kann und soll mit einer verbesserten Lehr- und Lernkultur und aktiven Maßnahmen Gewalttendenzen entgegenzutreten und intervenieren.

Voraussetzung dafür, dass das Thema Gewalt nicht tabuisiert wird, ist ein Konsens zwischen Eltern, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, Gewalt an der Schule zu ächten. Das Verschweigen und Wegsehen, um den Ruf der Einrichtung nicht zu schädigen, begünstigt im schlechtesten Fall gewaltsames Verhalten.

Stattdessen brauchen Schulen eine Kultur des offenen Umgangs und verbindliche Regeln, um Orientierungen zu geben.

Wirkungsvolle Gegenstrategien müssen neben Kindern und Jugendlichen auch die Eltern und Lehrer selbst miteinbeziehen. Besonders Gewalt durch Eltern begünstigt in hohem Maße eigenes Gewaltverhalten bei den Kindern.

Gefragt sind wirksame Konzepte zur Vorbeugung von Gewaltakten und zur angemessenen unmittelbaren Reaktion auf diese, die bereits im Kindergarten und in der Grundschule ansetzen.

Zu überprüfen ist auch, ob bisher getroffene Maßnahmen und Projekte verbessert werden können oder verändert werden müssen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- die vorhandenen Regelungen, Abläufe und Hilfen zur Gewaltprävention und Intervention zu überprüfen und Empfehlungen für Verbesserungen zu erarbeiten. In diesen Prozess sollen Lehrkräfte, Eltern und Schüler/-innen eingebunden werden. Über die Ergebnisse soll der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. März 2004 berichtet werden.
- Präventionsangebote in Kindergärten und Grundschulen gezielt zu verstärken, die auch die Eltern mit einbeziehen.
- sicherzustellen, dass Gewaltprävention und -intervention im Bereich der Aus- und Fortbildung von Erzieher/-innen und Lehrkräften verbindlich verankert werden kann.

Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ulrike Hövelmann, Sybille Bösch, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Claas Rohmeyer, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU